

Galgenfrist für die Eiche

Der Kreis-Umweltausschuss erwägt eine Trichterlösung durch den Wald zum Seeschneider Kreisel, um den 300 Jahre alten Baum zu erhalten. In einer Sondersitzung Anfang Juli soll darüber entschieden werden



Ob die alte Eiche am Seeschneider Kreisel tatsächlich gefällt wird, will der Kreistag in einer Sondersitzung entscheiden.

FOTO: CHRISTIAN ENDT

VON ALEXANDRA LEUTHNER

Ebersberg – Greta Thunberg hätte es nicht besser machen können als diese Zehnjährige, die sich am Dienstag vor die Mitglieder des Umweltausschusses im Landkreis stellte und eine Petition zur Rettung der 300 Jahre alten Eiche in der Nähe des Seeschneider Kreisels an Landrat Robert Niedergesäß (CSU) überreichte. Fast 1300 Bürger aus dem Landkreis, 4000 insgesamt, fordern per Online-Gesuch, die Kreisstraße EBE 8, deren Erneuerung der Baum zum Opfer fallen soll, umzuplanen. Der Landrat solle sich in der Sitzung, in der es auf Antrag der Grünen um eine mögliche Rettung des Baums gehen sollte, alle Alternativen gut anhören, forderte die kleine Rosamund Schmid. Und, auch wenn Niedergesäß später sagte, es erreichten ihn durchaus auch Anrufe von Bürgern, die keinen so großen Wert auf den Erhalt eines alten Baums legten, an dem mittlerweile schon Hambach-like Hängematten angebracht worden sind, diskutierten die Kreisräte doch annähernd drei Stunden darüber, um letztlich ihre Entscheidung zu vertagen.

Der alte Baum spielte bei den Planungen zunächst überhaupt keine Rolle

Irgendwann hatte es einmal 16 verschiedene Varianten für die marode Straße gegeben, die mit einer verbesserten Verbindung von Seeschneid über Nettelkofen nach Grafing Bahnhof die Stadt Grafing vom Verkehr entlasten soll. Das erklärte Dominik Lindinger, der die ausführende Planung für das Büro Dippold und Gerold seit vier Jahren begleitet. 2016/17 habe man sich auf die jetzige Variante geeinigt, die, den Vorgaben des Landkreises folgend, flächensparend sein sollte, nah an der jetzigen Trasse verlaufen und nicht unbedingt so, „dass man Tempo 100 darauf fahren können soll“, so Niedergesäß. Die Eiche aber, erklärten der Landrat und auch

Lindinger, sei überhaupt kein Thema gewesen, da der Baum nirgends als erhaltenswert kartiert sei. Erst im Spätherbst 2018 sei einer der Grundstückseigentümer mit der Bitte auf den Plan getreten, sie zu erhalten. Was aber, den Aussagen des Staatlichen Bauamts in Rosenheim nach, das für die übergeordnete Planung der Kreisstraße verantwortlich ist, nicht gehe. Dass die jetzige Straßenführung „alternativlos“ sei, hätten Vertreter der Rosenheimer Baubehörde auch der Unteren Naturschutzbehörde im Landratsamt gegenüber immer wieder betont.

Diese Alternativlosigkeit, das wurde im Zuge der Ausführungen des im Staatlichen Bauamt zuständigen Abteilungsleiters Daniel Drachenberg deutlich, ergibt sich aus den deutschen Richtlinien für die Anlage von Landstraßen (RAL). Die RAL orientiere sich an Verkehrssicherheit, Verkehrsqualität, kostengünstigem Bauen und Umweltverträglichkeit und bewirke im Fall der EBE 8, neben einem Mindestkurvenradius von 200 Meter in der Kurve nach Nettelkofen eine Verbreiterung der existierenden Straße von jetzt 5,50 bis 5,80 Meter auf sieben Meter. Dazu kommt noch ein Radweg, der völlig neu entstehen soll. Eigentlich seien sogar acht Meter vorgeschrieben, schon mit nur sieben Metern sei die Straße gerade noch förderfähig, erläuterte Drachenberg. Die Planung einer alternativen Strecke könnte den Kreis die Fördergelder der Regierung von Oberbayern in Höhe von 600 000 Euro kosten, weil vor allem erneuerte Grundstücksverhandlungen viel Zeit benötigen würden. Man könnte somit aus der Zweijahresfrist herausfallen, für welche die Fördersumme zugesagt worden war. Niedergesäß hatte allerdings schon zu Beginn der Debatte signalisiert, dass nach Gesprächen mit den Eigentümern, die er in den vergangenen Tagen nun geführt habe, eine Verhandlungslösung zwar kompliziert, „aber nicht ausgeschlossen“ sei.

Die Ausschussmitglieder entschlossen sich dennoch, nicht dem nun doch vorgelegten Alternativvorschlag des Staatlichen Bauamts zu folgen, sondern einen Plan in

Erwägung zu ziehen, den die Grünen im Kreistag vorgelegt haben. Sie schlagen eine Art Trichterlösung vor, welche die im offenen Feld breite Straße in den Wald hinein schmaler werden und sie so fast exakt auf der alten Trasse verlaufen lässt. Der Radweg könnte danach auf etwa 100 Metern vom Kreisel bis zum Waldrand von der Straße abgekoppelt werden, die Eiche damit zwischen Radweg und Straße stehen. Eine Wurzelbrücke könnte, so Grünen-Kreisrat Thomas von Sarnowski, das ausladende Wurzelwerk des Baums schützen, das in etwa dem Durchmesser der Krone von 24 Metern entspricht. Eine Lösung, die deutlich weniger in den Wald eingreifen würde, als der neue Vorschlag des Staatlichen Bauamts. Danach hätte die Straße nach Süden verlegt, der Anschluss an den Kreisel neu geplant werden und dadurch

Mit dem Vorschlag der Grünen kann sich das Staatliche Bauamt nicht anfreunden

weitaus mehr Bäume fallen sollen als bei der Ursprungslösung. 300 Quadratmeter mehr Wald müssten gerodet werden, erklärte Julia Fäth von der Unteren Naturschutzbehörde, wobei der Wald südlich der Straße auch noch älter und ökologisch hochwertiger sei. Das bedinge auch eine Ausgleichsfläche von bis zu 1230 Quadratmetern, wie sie sich aus der Bayerischen Kompensationsordnung berechne. Dagegen stehe der ökologische Wert der Eiche, der sich unter anderem in ihrem großen Anteil an, für die Artenvielfalt bedeutsamen, Totholz bemesse, dem Alter, dem Kronendurchmesser, den Siebenschläferhöhlen, die sich darin befänden. „Etwas, das man anhand eines Punktesystems nicht darstellen kann, nicht in dieser Generation und nicht in der nächsten“, so Fäth.

Der Vorschlag der Grünen aber fand beim Vertreter des Staatlichen Bauamts wenig Gegenliebe. So müsse die Straße bei richtliniengemäßem Bau bis in eine Tiefe von 1,80 Meter saniert und ein großer Ab-

stand vom Baum eingehalten werden. Außerdem verwies es auf die Verkehrssicherheit und die richtliniengemäß geforderte Verkehrsqualität und führte etwa den Begegnungsverkehr von Traktoren und auch Lkw an, die nach der letzten Zählung von 2015 weit über dem Durchschnitt gleichwertiger Straßen liege. „Die jetzige Straße ist im letzten Jahrhundert gebaut worden.“

Nach langer Debatte und einer Besprechungspause einigte man sich darauf, in einer Sondersitzung am 9. Juli entscheiden zu wollen. Am 10. Juli würde der Baustopp, unter dem die längst begonnenen Arbeiten an der Straße stehen, faktisch greifen. Bis dahin hat die Firma noch mit dem Bearbeiten der alten Trasse zu tun. In der Zwischenzeit soll die Verwaltung klären, ob eine Trichterlösung technisch, im Hinblick auf staatliche Förderung und haftungsrechtlich möglich ist, eventuell mit einer Temporeduzierung, um die von Nettelkofen kommenden Autofahrer vor dem Wald abzubremsen. Außerdem soll ein Sachverständiger für umweltgerechten Straßenaufbau in die Sitzung geladen werden und die Verwaltung ein Gutachten vorlegen, in welchem dem alten Baum aufgrund von Vorschäden angeblich nur mehr 80 Jahre Lebensdauer prognostiziert werden.

Den Argumenten aus dem Staatlichen Bauamt hatten die Ausschussmitglieder einige Argumente entgegensetzen. „So wie die Straße jetzt ist, war sie funktionsfähig, und es ist auch nichts passiert“, sagte Landrat Niedergesäß. Während sein Parteifreund Martin Lechner für seine Fraktion dafür plädierte, vor allem im Hinblick auf die Kosten nichts an der zu aktuellen Planung zu ändern. Die CSU hatte in einem Antrag gefordert, als Ersatz für die Eiche im ganzen Landkreis im Verlauf der nächsten fünf Jahre 300 neue zu pflanzen. Bianka Poschenrieder (SPD) rief dazu auf, nicht die Verkehrssicherheit und die Rettung der Eiche gegeneinander aufzurechnen. Und Karl Schweisfurth (ÖDP) verwies auf den Wandel im gesellschaftlichen Bewusstsein, der sich im Kampf um den Erhalt des Baums manifestiere.

► **Kommentar**